

Antragsstellende: Grüne Hochschulgruppe

Antrag auf die Unterzeichnung des Offenen Briefs zur Regierungserklärung der Bayerischen Landesregierung unter Markus Söder vom 5. Dezember 2023

- (1) Der studentische Konvent unterstützt den Offenen Brief zur Regierungserklärung der Bayerischen Landesregierung unter Markus Söder vom 05. Dezember 2023 (Einzusehen unter diesem Link: <https://www.geschlechtergerechtesprache.de/>)
- (2) Die Konventsvorsitzende wird beauftragt, im Namen des studentischen Konvents den Offenen Brief zu unterschreiben.
- (3) Darüber hinaus wird der studentische Sprecher*innenrat beauftragt, auf seinen möglichen öffentlichen Plattformen über den Offenen Brief zu informieren.

Begründung:

Der Offene Brief zwingt ausdrücklich nicht dazu, in Hochschulen gendergerechte Sprache einsetzen zu müssen. Vielmehr soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, selbstbestimmt zu entscheiden, ob man selbst gendergerechte Sprache einsetzen möchte. Das angekündigte Verbot durch den Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder nimmt jedoch die Möglichkeit der eigenen Entscheidung. Weitere Begründungen sind dem Offenen Brief selbst zu entnehmen.

Text des offenen Briefs:

In seinem „Regierungsprogramm der Zukunft“¹ kündigte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder an: „Für Bayern steht fest: Mit uns wird es kein verpflichtendes Gendern geben. Wir werden das Gendern in Schulen und Verwaltungen sogar untersagen.“

Das geplante Verbot inklusiver Sprache widerspricht eindeutig den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie den im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verbürgten Rechten. Spätestens seit dem Personenstandsgesetz (PstG) § 22 Abs. 3 aus dem Jahr 2018 ist auch juristisch ausdrücklich entschieden, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Deswegen betonen wir einerseits das Recht gemäß Art. 2 Abs. 1 GG und andererseits die Pflicht nach Art. 3 Abs. III GG, uns in allen gesellschaftlichen Bereichen geschlechtergerecht auszudrücken. Denn nur so ist Sprache in der Lage, der geschlechtlichen Vielfalt Rechnung zu tragen. Hierfür gibt es verschiedene sprachliche Lösungen, die sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits erfolgreich durchgesetzt haben und von vielen Menschen geschätzt werden.

Die deutsche Sprache war und ist lebendig. Sie ist ein Spiegelbild unserer sich verändernden demokratischen Gesellschaft, die inkludiert anstatt auszugrenzen. Ein Verbot ist ein Rückschritt und widerspricht unseren grundgesetzlich verankerten Prinzipien der Gleichbehandlung. Wir fordern Ministerpräsident Markus Söder auf, den Schulen, Hochschulen und Verwaltungen die Freiheit zu überlassen, wie sie in ihrer Sprache Gleichbehandlung ausdrücken wollen.

¹ <https://www.bayern.de/damit-bayern-stark-und-stabil-bleibt-regierungsprogramm-der-zukunft/?seite=5468>